Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag.** Prämmerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 126. **Dienstag, den 13. August.** **1867**

Preußische Sieges-Chronik 1866.

(Fortsetzung)

13. August: Die preußische Staatsregierung legt dem Abgeordnetenhause den Entwurf eines Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes vor.

" Abschluß des Friedensvertrages zu Berlin zwischen Preußen u. Württemberg. Württemberg zahlt 8 Millionen Gulden Kriegssteuer und tritt dem zu Nicolsburg vereinbarten Präliminar-Vertrage bei.

(Fortsetzung folgt.)

Ueber die Aufgaben der nächsten Reichstagssession

läßt sich ein Anschreiben des geschäftsführenden Ausschusses der national-liberalen Partei also vernehmen:

„Die Aufgaben der nächsten Reichstagssession sind von unermeßlicher Wichtigkeit. Eine Verfassung, die bis jetzt nur auf dem Papier steht, soll der Wirklichkeit verwirklichter Voraussetzungen angepaßt werden. Nur mit gereifter Erfahrung, nur mit gediegener, staatswissenschaftlicher Bildung kann es gelingen, den Abstractionen eines aus Parteicompromissen hervorgegangenen, auf ganz neue, noch völlig unerprobte Verhältnisse berechneten Verfassungsgesetzes die wahrhaft lebensfähigen Seiten abzugewinnen, welche den Norddeutschen Bund befähigen, in Gemeinschaft mit den süddeutschen Staaten allen etwa drohenden Kriegsgefahren zu begegnen, den süddeutschen Staaten den Zutritt offen halten und dennoch den Norddeutdeutschen Bund als ein selbstständiges Staatsganzes auftreten lassen. Nicht darauf kommt es an, im Namen der liberalen Partei ungemessene Forderungen zu stellen sondern mit ernstem Willen und ohne falsche Popularitätssucht dahin zu wirken, daß das Erreichen baldigst sicher gestellt, das deutsche Staatsgebäude rasch unter Dach und Fach gebracht werde.

„Es wird die Pflicht der Reichstagsabgeordneten sein, gegen jede höhere Belastung des Volkes, ja für verhältnißmäßige Entlastung, und für eine gerechtere Vertheilung der drückenden Steuerlast mit allen Kräften zu wirken. Die bisherigen Steuersysteme sind durchweg nicht so vortrefflich, daß sie keinenfalls modifizirt werden dürfen. Gerade die Constituirung des Bundesstaates, dessen Vertretungskörper ein weit kräftigeres Budgetrecht besitzt, als z. B. der preußische Landtag mit seinem Herrenhaus und seinem Art. 109, bietet willkommene Gelegenheit, das ganze Steuerwesen zu reformiren. Daß zu einer Umbildung des alten Steuerwesens, bei Beseitigung der drückendsten unter den bestehenden Steuern, neue Steuerformen erfordert werden, liegt auf der Hand. Als Stein und Hardenberg ihr Steuersystem in Preußen einführten, kamen sie auch nicht durch ohne neue Steuern, aber gerade die Einführung einer gleichmäßigeren und gerechteren Besteuerung hob den Wohlstand des Volkes. Es ist daher falsch den kahlen Satz hinzustellen: „Es dürfen unter allen Umständen keine neue Steuern bewilligt werden." Es sollte vielmehr heißen: „Die auf dem Volke ruhende Steuerlast darf nicht vergrößert werden." Bei jeder neuen Steuer wird vorzugsweise in's Auge zu fassen sein, daß sie keine Umgehung der constitutionellen Befugnisse und kein willkürliches Anziehen der Steuerschraube gestatte, sowie, daß sie scharf contingentirt sei. Von diesem Punkte ist die constitutionelle Praxis bei uns auszubilden und zu entwickeln und hoffentlich wird die Rückwirckung auf das constitutionelle Leben in den Einzelstaaten nicht ausbleiben! Denn daß die Ausführung der Bundesverfassung eine Revision der Landesverfassungen nach sich ziehen muß, erhellt immer deutlicher.

„Ferner wird es Sache des Reichstages sein, das allgemeine deutsche Staatsbügerrecht gesetzlich zu verwirklichen, dessen Prinzipien auch auf die gewerblichen Gebiete auszudehnen, und mit Energie dem Wiederstand zu begegnen, den der Partikularismus einiger zurückgebliebener Zwergstaaten dagegen erheben könnte. Ebenso muß der Reichstag beeifert sein, die Regierung zur schleunigsten Anbahnung eines einheitlichen deutschen Gesetzbuches zu veranlassen. — Er wird Staatsverträge (Miliärconventionen, Allianz-, Accessions-, Handels- und Zollvereinsverträge) zu prüfen haben, und hat dabei den Standpunkt des einheitlichen Bundesstaates und das Bedürfniß der Gleichmäßigkeit in der Gesetzgebung allen Veilletäten der Einzelsouveräne gegenüber zu wahren.

„Vor allen Dingen aber ist es der Beruf des nächsten Reichstages, mit den Nationalgesinnten unter den süddeutschen Zollparlaments-Mitgliedern die nöthigen Schritte zu verabreden, um aus den ersten unvollkommenen und unzulänglichen Gestaltungen die volle nationale Einheit zu entwickeln.

„Solche ungeheure Aufgaben erheischen das Zusammenwirken aller Kräfte und Capazitäten, welche die deutsche Nation so reichlich besitzt. Freilich muß bei allen Wahlen die liberale Gesinnung als unumgängliche Bedingung festgehalten werden, zumal neueste Ereignisse wiederum zu unserem Schaden und Schmerz dargethan haben, daß alle büreaukratische Weisheit und alle diplomatischen Anstrengungen nicht ausreichen, die nationale Ehre und die Grenzen des deutschen Vaterlandes so intakt zu erhalten, wie es ohne große Anstrengung und Gefahr eine populäre Regierungsweise vermöchte. Aber die liberale Gesinnung allein reicht nicht aus, es gehört ein Sinn dazu, der über die Gren-

Die Eisenbahnbauten in der Provinz Preußen.

Dieser für die Kultur unserer Provinz so hochwichtige Gegenstand bildete den zweiten Theil der Tagesordnung des Kongresses, welchen die volkswirthschaftliche Gesellschaft für Ost- und Westpreußen am 2. d. Mts. zu Danzig abhielt. Aus der „Danz. Ztg." theilen wir hierüber folgendes mit:

Referent A. Samter aus Königsberg constatirt die traurige Thatsache, daß unsere Provinz in der Entwickelung ihrer Eisenbahnen ganz außerordentlich zurückgeblieben. Nach dem Ausweise über das preußische Eisenbahnwesen hatte die Provinz Preußen Ende 1865 auf der □M. 0,07, die Rheinprovinz 0,33, der preuß. Staat 0,17, die nach uns ungünstige Provinz Posen 0,11 Meilen Eisenbahn. Dies ungünstige Resultat ändert sich nicht, wenn man statt des Flächenraumes die Bevölkerungszahl zum Maßstabe nimmt, die Provinz Preußen hatte auf 100,000 Einw. 2,56, Westfalen 6,27, der preuß. Staat 4,38, die Provinz Posen 3,68 Meilen Eisenbahn. Diese ungünstigen Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert. Während in den anderen Provinzen die umfassendsten Bauten vorgenommen, haben wir nur die kurze Strecke von Königsberg-Bartenstein, Danzig-Neufahrwasser mehr erhalten. Der Abschluß pro 1866/67 wird noch viel ungünstiger ausfallen. Es ist hohe Zeit, daß wir uns ernstlich rühren. Bei Besprechung der Eisenbahnangelegenheit muß man 2 Fragen beantworten: was sollen wir bauen, wie sollen wir bauen? Wir haben 85 Meilen Eisenbahnen, deren Richtung von Westen nach Osten geht, mit einzelnen Abzweigungen von Norden nach Süden. Durch den Eisenbahnbau soll der Verkehr nicht nur concentrirt, sondern decentralisirt werden; der unvermeidlichen Concentration des Verkehrs muß durch Bildung localer Centren ein Gegengewicht geschaffen werden, es genügt daher nicht, eine Hauptader zu haben, mit der einzelne Orte verknüpft sind, sondern es muß ein Eisenbahnnetz hergestellt werden, welches den Verkehr nach allen Richtungen vermittelt. Um dieses herzustellen, schlägt Referent eine Linie von Insterburg nach Thorn, oder auch nach Terespol vor, ferner, um einerseits Danzig, andererseits Königsberg mit Warschau zu verbinden, eine Linie von Marienburg nach Osterode und von Allenstein nach Neidenburg, drittens die Linie von Memel nach Tilsit. Diese Bahnen, die etwa 70 Meilen betragen und 25 Mill. Thlr. kosten würden, sind das Wenigste, was wir zu fordern haben. Wir würden durch sie noch immer nicht mit den besser gestellten, sondern nur mit den ungünstiger gestellten Provinzen des Staates auf eine Stufe gestellt. In Bezug darauf wie wir zu den Bahnen gelangen sollen, bemerkt Referent, daß der naürlichste Weg wäre, wenn das Privatcapital die Bahnen baute, daß hierzu aber keine Aussicht vorhanden. Der zweite Weg, daß der Staat sie baute. Referent erklärt, kein Gegner von Staatseisenbahnen zu sein, und würde in erster Linie für sie plaidiren. Doch da es sich nur darum handelt, die Bedürfnisse der Provinz zu erörtern und die Mittel und Wege anzugeben, wie sie zu befriedigen, so hält er es für überflüssig, dergleichen Principienfragen zu erörtern. Auch der enragirteste Gegner der Staatseisenbahnen würde sich zufrieden geben, wenn der Staat, falls das Privatcapital die Bahnen nicht baut, dieses thut. Ein dritter Weg wäre, wenn der Staat sich bildenden Privatgesellschaften durch Zinsgarantie zu Hilfe käme. Hiermit würde unserer Provinz nur ihr Recht werden. Der Staat bezieht aus der Ostbahn 7%, ohne den Privatbahnen der Provinz irgend welche Zinsgarantie zu gewähren, während der Zusatz in Pommern 800,000 Thlr. jährlich beträgt. Schließlich wies er auf die Möglichkeit der Mitwirkung der Kreise und Städte hin, welche zwar nicht die Bahnen selbst bauen, wohl aber den Privatgesellschaften redenswerthe Unterstützung gewähren könnten.

Welche Wege aber auch eingeschlagen werden sollten, um der Provinz die Bahnen, die sie braucht, zu verschaffen, gefunden müssen sie werden; es ist an den Staat und die Kreise die Aufforderung zu richten, daß sie Alles, was in ihren Kräften stehe, thun, um der Provinz zu den erforderlichen Eisenbahnen zu verhelfen. Eine bestimmte Resolution unterließ er im Hinblick auf die Gründe, die Herr Rickert bei dem ersten Gegenstande der Tagesordnung entwickelt hatte, zu stellen, sprach aber die Erwartnng aus, daß die Besprechung dieser Angelegenheit dazu beitragen wird, daß einem der dringendsten Bedürfnisse unserer Provinz baldige und nachhaltige Befriedigung verschafft werde.

Herr Lesse (Thorn) stellte den Antrag: „Der Vorstand wird ersucht, in einer Denkschrift event. in Flugblättern die Vernachlässigung der Provinz in Bezug auf den Eisenbahnbau und die Mittel zur Abhilfe beleuchten zu lassen, wobei die wichtigsten im Interesse der Provinz und des allgemeinen Verkehrs erforderlichen Linien in Erwägung zu ziehen und insbesondere zu erörtern: a. in wie weit der Staat vom wirthschaftlichen Standpunkte aus verpflichtet erscheint, den Eisenbahnbau in unserer Provinz mehr als bisher zu subventioniren; b. in wie weit und nach welchem Grundsatze die Selbsthilfe der betheiligten Adjacenten einzutreten habe und wie dieselbe wachzurufen sei."

Der Antrag wurde wie folgt begründet: Unsere Provinz sei in Bezug auf den Eisenbahnbau, das lasse sich nicht leugnen, zurückgesetzt, und habe gerechten Anspruch auf Berücksichtigung. Ihre Lage sei bekannt, sie entbehre des Hinterlandes, Rußlands, mit dem in lebhaftem Verkehr zu stehen, sie von Natur angewiesen, sei durch eine chinesische Mauer von ihr getrennt, der

zen des engeren Heimathsstaates hinausgeht. Ob jedem Reichstage mit dem freisinnigen Wahlgesetze auch eine allgemeine Betheiligung und eine tiefer eindringende Theilnahme aller Bevölkerungsschichten kommen wird, um das Gelingen der großen Aufgaben zu ermöglichen, das hängt im Wesentlichen von der Wahl solcher Männer ab, die das Vertrauen des Volkes ebensowohl durch intelligente Thätigkeit, wie durch treue Hingebung zu rechtfertigen im Stande sind."

Zur Situation.

— **Zur Kriegsfrage.** Die conservativen Organe besprechen in diesen Tagen sehr lebhaft die Kriegs- und Friedensfrage. Die „Kreuzztg." ist der Ansicht, daß Napoleon den Krieg nicht will; es sei nur die Frage, ob er ihn nicht vielleicht über kurz oder lang wollen muß. Die „Zeidl. Corrspdz." meint, Napoleon habe darüber noch keinen endgiltigen Beschluß gefaßt; er werfe eine Reihe von Streitfragen auf und treibe sie bis ganz nahe an den Punkt, wo sie in einen Kriegsfall übergehen. Er suche Preußen ferner zu isoliren. „Je weiter — sagt die „Zeidl. Corrspdz." — Frankreich in seinen Rüstungen vorschreitet, desto schärfer wird es voraussichtlich jedes Mal die Frage stellen. Giebt Preußen dann nach, so hat man ihm eine moralische Niederlage beigebracht und feiert auf seine Kosten kleine billige Triumphe."

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Berlin. Se. Majestät der König geht, wie aus Ems gemeldet wird, in den nächsten Tagen zuerst nach Frankfurt a. M. und nach einem Aufenthalt von etwa zwei Tagen von dort nach Kassel. Deputationen, welche um diesen Besuch gebeten, haben eine bestimmte Zusage erhalten. Von Kassel dürfte der König nach Babelsberg zurückkehren.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." hatte mitgetheilt, daß der Wirkl. Geh. Rath v. Savigny zur Zeit nur wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten die ihm zugedachte Mitwirkung bei den bevorstehenden Arbeiten des Bundesrathes nicht übernehmen könnte. Der „Staatsanzeiger" erklärt diese Nachricht für eine irrthümliche. Dieser Widerspruch offiziöser und offizieller Nachrichten ist, wie uns dünkt, aus Vorgängen zu erklären, die mit der Ernennung des Grafen Bismarck zum Bundeskanzler ihren Abschluß erhalten haben. Es soll nämlich Hr. v. Savigny sich um dies wichtige Amt beworben, dasselbe aber nicht erhalten haben. Man sprach auch von der Stelle eines Vice-Bundeskanzlers, und es scheint, daß auch diese ein Gegenstand seiner Bewerbung gewesen, deren Gründung aber, weil in der Bundesverfassung nicht vorgesehen, als unthunlich erkannt worden ist. Die Stellung des Bundeskanzlers ist eine so neue und seltsame Schöpfung, wie der Bund selbst, wie die Zeit aus der er hervorgegangen ist. Der Bundeskanzler vertritt nicht nur die 17 preußischen Stimmen am Bundesrath, sondern auch die gesetzgebende Initiative in diesem und im Reichsrath. Zugleich bildet er die Spitze der Executive im Bund, die Spitze der gesammten Verwaltung; mit Ausnahme der militärischen, die dem König selbst, als dem Bundesfeldherrn, anheimfällt. Damit ist für Preußen eine Stellung gegeben, welche einerseits nur mit dem Ministerium des Auswärtigen zusammenfallen, andererseits aber den übrigen Ressortministerien nicht gleich, sondern über diese gesetzt werden muß. Graf Bismarck hat sich darüber im Reichstage sehr bestimmt dahin ausgesprochen, daß die Instruction des Bundeskanzlers nur vom preuß. Minister des Auswärtigen ausgehen, oder daß der letztere selbst Bundeskanzler sein müsse, daß folgerecht aber der Kanzler mit seinen Collegen, den preußischen Ministern, sich in der Fühlung erhalten müsse um in erheblichen politischen Fragen zu wissen, wie weit er im Bundesrath gehen könne, ohne der Unterstützung des Gesammtministeriums verlustig zu gehen. Dies Verhältniß setzt aber nicht bloß eine amtliche Superiorität voraus, der die übrigen Minister durch Fügsamkeit entsprechen müssen, sondern auch eine geistige Superiorität. Es ist klar, daß Herr von Savigny, wenn er diese außerordentliche Stellung beansprucht haben sollte, derselben nicht gewachsen gewesen wäre.

— Einberufung des Bundesraths. „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. verordnen, auf Grund des Artikels 12 der Verfassung des norddeutschen Bundes, im Namen des Bundes, was folgt:

Der Bundesrath des norddeutschen Bundes wird berufen, am 15. d. M. in Berlin zusammen zu treten, und beauftragen Wir den Bundeskanzler mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Bad Ems, den 3. August 1867.

(L. S.) Wilhelm.

Graf v. Bismarck-Schönhausen."

— Wie die „Sp. Z." meldet, hat der Kaiser von Oesterreich und die gesammte kaiserliche Familie durch den Minister des Aeußern der preußischen Regierung ihre Anerkennung und ihren Danke aussprechen lassen für die Aufopferung und Hingebung, welche der preußische Vertreter in Mexiko. Herr von Magnus, für den verewigten Kaiser Maximilian bewiesen.

— Graf Bismarck hat auf der Reise hierher, wie die „N. Berl. Nachr." melden, einen Unfall erlitten, der hoffentlich ohne ernstere Folgen vorübergehen wird. Auf einer der letzten Eisenbahnstationen vor Berlin stieg einer seiner Begleiter aus und schlug hinter sich die Thür des Coupés zu, ohne sich umzusehen. Graf Bismarck hatte mit der rechten Hand das Thürgerüst erfaßt, und die zuschlagende Thür quetschte ihm mehrere Finger. Der Schmerz war augenblicklich ein sehr heftiger und der Gebrauch der Hand soll bis jetzt verhindert sein; doch wird eine baldige Heilung der verletzten Glieder gehofft.

Oesterreich.

— Die Ernteberichte aus den östlichen Gegenden Galiziens — wo die jüngste Ueberschwemmung weniger heftig aufgetreten, als in West-Galizien lauten im Ganzen nicht ungünstig. Zumal ist die Kornernte an vielen Orten eine gute und ergiebige, was vielleicht einigermaßen den Ausfall decken dürfte, den West-Galizien an Korn und anderen Feldfrüchten in Folge des Hochwassers erlitten. Ueberhaupt scheint der Schaden, welchen die Ueberschwemmung angerichtet, nicht so enorm, wie man im ersten Augenblick unter dem Eindruck des allgemein herrschenden Schreckens angenommen, wiewohl nicht geleugnet werden kann, daß viele Gutsbesitzer und Landwirthe große Summen eingebüßt. Aber wie gesagt, durch die gute Ernte in den östlichen Kreisen Galiziens, so wie in unserer von dem Hochwasser verschont gebliebenen Gegend wird die Massenproduction an Korn wohl nur eine geringe Einbuße erleiden, weshalb noch ein günstiger Getreidemarkt zu hoffen steht. Dagegen hat unsere Holzhändler am San und an der Weichsel ein viel schwererer Schlag betroffen, welcher sich nicht wieder gut machen läßt. Eine große Menge Hölzer aller Gattungen, welche am Ufer lagen oder verflößt werden sollten, wurden durch das Hochwasser den San und die Weichsel hinabgetrieben, wo natürlich jene für ihre Eigenthümer größtentheils verloren gingen.

Frankreich.

— Großes Aufsehen macht in Paris eine so eben erschienene Broschüre: „Der römische Hof und der Kaiser Maximilian". Dieselbe bringt Aktenstücke, welche zeigen, wie stark der römische Hof, von welchem der mexikanise Klerus seine Eingebungen empfing, an dem unglücklichen Ausgange des mexikanischen Unternehmens betheiligt war. Der ungenannte Herausgeber ist der Schiffskapitän de Troya, Emil de Girardin's Neffe, der eine Zeit lang als Privatsekretär fungirte. Bemerkenswerth ist besonders folgende Stelle aus einem von der Kaiserin Charlotte im Januar 1865 an den Kaiser Napoleon gerichteten Briefe: Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß der heilige Vater, der einen scherzhaften Sinn hat, oft von sich sagt, er sei ein jettatore Nun wohl, es steht fest, seit sein Gesandter den Fuß auf unsern Boden gesetzt hat haben wir nichts als Enttäuschungen erlebt, und wir erwarten für die nächste Zukunft noch mehr. Energie und Ausdauer fehlen uns, glaube ich, nicht, aber ich frage mich, ob, wenn die Schwierigkeiten aller Art in dieser Weise fortdauern, es eine Möglichkeit zum Durchkommen geben wird. Der Stand der Dinge ist gegenwärtig folgender: Der Klerus, zum Tode verletzt durch den Brief vom 27. Dezember, ist nicht leicht zu bändigen; alle alten Mißbräuche vereinigen sich, um die Absichten des Kaisers zu vereiteln. Darin steckt vielleicht kein Fanatismus, aber eine solche taube und handwerksmäßige Hartnäckigkeit, daß ich es für unmöglich halte, aus den Mitgliedern des heutigen Klerus jemals einen neuen zu bilden. Was mit ihnen anfangen? Das ist die Frage. Als Napoleon I. vom Papste die Entlassung der ausgewanderten Bischöfe erlangte, lebten diese im Auslande und ergaben sich als fromme Leute in ihr Geschick. Diejenigen, die wir hier haben, würden recht gerne ihre Bischofssitze, aber nicht ihre Einkünfte aufgeben. Eine Staatsbesoldung würde ihnen nie so viel einbringen, und ihr Ideal besteht darin, in Europa mit diesem Gelde zu leben, während wir hier dafür kämpfen, die Stellung der Kirche zu sichern. — Die verkauften Kirchengüter werden einer Revision unterworfen, zweiter Apfel der Zwietracht; durch die Anerkennung der Reformgesetze haben wir uns die Konservativen auf den Hals geladen, und wir machen uns heute die Liberalen

---

Handel wesentlich nur Exporthandel, die Landwirthschaft leide unter dem Mangel an guten Communicationswegen, vor allen Dingen an Eisenbahnen, deren Mangel sich noch nie so geltend gemacht habe, als in diesem Jahre, wo die grundlosen Wege, ja in einzelnen Gegenden sogar die für Lasten fast unfahrbaren Chausseen den Verkehr gehemmt hätten. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß unsere Provinz für den Zollverein nicht unwesentliche Opfer bringe, man denke nur an die Eisenzölle rc., dazu komme endlich, daß die sog. Grundsteuerausgleichung unsere Provinz hart betroffen, daß Mehr an Grundsteuer repräsentire ein Capital von ca. 14 Millionen, um das die Provinz ärmer geworden sei; alle diese Momente lassen eine Ausgleichung nothwendig erscheinen, der Staat, der für die westlichen Provinzen viel gethan, viele Garantien übernommen, müsse uns endlich helfen, dies Verlangen sei bei geschilderter Situation auch wirthschaftlich durchaus gerechtfertigt. Der Herr Handelsminister scheine dies auch anzuerkennen; man werde dem Bedürfniß wenigstens zum Theil abhelfen, wenn der Staat, wie es scheine, eine Bahn durch die Provinz zur Abkürzung der Ostbahn baue, sei es Thorn-Insterburg, sei es Graudenz-Insterburg, sei es Schneidemühl-Dirschau, auf die einzelnen Linien wolle Redner nicht eingehen, um nicht die Debatte auf lokale Interessen zu leiten, so viel stehe aber fest, daß eine Linie von Insterburg herunter auf die Weichsel, und eine quer durch (etwa Marienburg-Mlawa) vor Allem nothwendig seien. Für das Prinzip der Staatsbahnen als das beste könne sich der Congreß füglich nicht aussprechen, wiewohl andererseits, wenn der Staat zunächst durch eine Staatsbahn nur helfen wolle, man dies acceptiren müsse, und aus den angegebenen Gründen auch volkswirthschaftlich sich dagegen nichts sage lasse, da wir in unserem Staatsleben nicht durchweg auf dem Standpunkte der Selbsthilfe und freien Concurrenz stehen. Gegen die Zinsgarantien lasse sich wirthschaftlich viel sagen, nichts dagegen gegen die Subventionen in Gestalt von Prämien, nur müßten weit höhere gewährt werden, als z. B. bei der ostpr. Südbahn; auch sei dies für den Staat durchaus kein schlechtes Geschäft, denn wenn er fruchtbare Gegenden dem Verkehr erschließe, so erhöhe er die Steuerkraft derselben ganz bedeutend. Also vor allen Dingen: der Staat müsse helfen, das sei eine wirthschaftlich gerechtfertigte Forderung, und zwar möge er dies thun auf die wirthschaftlich rationellste Weise. Uns ganz der Selbsthülfe überlassen, nachdem für andere Gegenden so viel geschehen, sei ungerecht. Der Congreß möge diese für Handel und Landwirthschaft hochwichtige Frage in der Hand behalten, unsere Situation durch eine Denkschrift oder Flugblätter besprechen lassen und das Interesse der Bewohner der Provinz rege machen. Leider bedürfe es dessen noch sehr. Der einzelne Landbesitzer frage häufig, wie weit der Bahnhof von seiner Besitzung ab zu liegen komme, und wenn es ein paar Meilen seien, so wolle er Nichts für die Sache thun.

Das sei wirthschaftlich verkehrt, jeder Einzelne müsse die Anschauung aufstellen, nach welchen Richtungen hin seine Wirthschaft mehr nutzbar gemacht werden könne, wenn seine Gegend überhaupt eine Bahn erhalte. Es sei für den Besitzer nicht gleichgiltig, ob seine nächste Stadt ein bedeutender Verkehrsplatz werde oder nicht, ob dieser Punkt mit Gegenden näher verbunden werde, die ihm Industrie-Erzeugnisse lieferten, die seine Wirthschaft förderten oder gar die Betreibung von Industriezweigen ihm ermöglichten; man möge nur denken an die schlesischen Kohlen, Kalk rc. Das Alles müsse der Besitzer veranschlagen und danach seine Bereitwilligkeit zu Opfern für die Sache bemessen, und wie die Privaten, so auch die Communen, Kreise und Städte. Die Selbsthilfe müsse man mehr wachrufen, der Staat allein kann uns nicht helfen, wir müssen auch selbst eintreten; also Staatshilfe und Selbsthülfe vereinigt können uns nur zum Ziele führen. (Redner empfiehlt seinen Antrag.

Die HH. Schottler, Kirstein (Culm), Stephan (Königsberg, Büttner (Elbing), Samter (Königsberg), unterstützen den Lesse'schen Antrag.

Hr. Roepell that dasselbe, bekämpfte aber die von den meisten Rednern ausgesprochene Ansicht, daß der Staat verpflichtet sei Eisenbahnen zu bauen, resp. zu subventioniren durch Garantien oder andere Beihilfe. Die Anwendung dieser Principien habe das Capital verschoben, den Adjacenten von Eisenbahnen ungerechtfertigte Unterstützung aus allgemeinen Staatsmitteln zugeführt, den Unternehmungsgeist getödtet und die freie Concurrenz gelähmt.

Da aber die Staatsregierung durch ihre frühere Eisenbahnpolitik und durch das Eisenbahngesetz von 1838 den ganzen Eisenbahnbau in eine so verschobene Lage gebracht, so ist es nothwendig, eine Uebergangsperiode bis zur regelmäßigen Anwendung gesunder Principien zu bilden und während solcher in den Fällen, wo das allgemeine Staatsinteresse eine Beihilfe rechtfertigt, staatlicher Seits den Eisenbahnbau zu unterstützen.

Zur Erweiterung der freien Concurrenz werden die Artikel 41—47 der Verfassung des Norddeutschen Bundes dienen.

Unter den Formen staatlicher Beihilfe kann man eine neuere, wie sie in Holland kürzlich in Anwendung gebracht worden ist, ins Auge fassen. In Holland macht man nämlich jetzt den Versuch: daß der Staat den sog. Oberbau und die Bahnhöfe herstellt und die Anschaffung der Betriebsmittel und die Ausbeutung einer Privat-Gesellschaft gegen eine Pacht überläßt. Beim Schluß der Debatte wurde der obige Lesse'sche Antrag einstimmig angenommen.

und die Käufer der Güter zu Feinden. Da es aber nur ein Gewicht und ein Maß für alle geben kann, so werden die, welche sich unerlaubten Operationen hingegeben haben, ihren Gewinn wieder herausgeben müssen, und ich fürchte, daß dieses Werk der Sühne und der Gerechtigkeit eben so viele Leidenschaft wach ruft, als der Verlust der Güter für die Geistlichkeit.

Rußland.

– Die Bischöfe des Königreichs Polen haben in diesen Tagen von der russischen Regierung die Aufforderung erhalten, Delegirte zu der in Petersburg unter dem Namen „Römisch-katholisches Collegium" errichteten obersten Kirchen-Behörde der römisch-katholischen Kirche Rußlands zu entsenden. Man zweifelt hier in polnischen Kreisen, daß alle Bischöfe dieser Aufforderung nachkommen werden. Man erwartet hier binnen Kurzem die Aufhebung der Diöcesen Augustowo und Sandomir und die Einverleibung derselben in die benachbarten Diöcesen Warschau und Lublin. Die betreffenden kaiserl. Ukase sollen bereits ausgefertigt sein. — Die projectirte Verlegung der hiesigen geistlichen Akademie nach Petersburg ist nunmehr beschlossene Sache und wird noch im Laufe dieses Monats erfolgen. Die Akademie ist bereits zu diesem Zwecke geschlossen und die Bibliothek derselben soll schon in den nächsten Tagen nach Petersburg abgeführt werden. Für das ganze russischeKaiserreich, zu dem jetzt auch das Königreich Polen officiell gerechnet wird, soll künftig nur eine Römisch-katholische Akademie in Petersburg bestehen.

Provinzielles.

Marienwerder. Die jüngst von uns gebrachte Nachricht, daß die liberalen Parteien im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder gemeinschaftliche Sache machen würden, um mit Hülfe der Conservativen Hrn. Conrad-Fronza gegen den polnischen Candidaten durchzubringen, erweist sich als irrthümlich. Die letzte Nr. des hiesigen Blattes enthält folgenden Wahlaufruf der Fortschrittspartei:

Wir fordern unsere Gesinnungsgenossen auf, den Kreisgerichtsrath Wendisch zum Mitgliede des Reichstages zu wählen. Derselbe ist zur Annahme bereit. Durch das Vertrauen unseres Wahlkreises in das Haus der Abgeordneten berufen, vertrat Wendisch stets mit Entschiedenheit die Rechte des preußischen Volkes. Sein hierdurch bewährter fester Character schützt ihn vor der politischen Schwindsucht, welche täglich verheerender um sich greift, und sich anzeigt durch geistvoll schillernde liberale Reden bei unterwürfiger Abstimmung oder unmännlicher Flucht vor der Stimmabgabe. Wendisch wird auch als Mitglied des Reichstages ernst und einfach den Zweck verfolgen, die Rechte, die Freiheit des deutschen Volkes zu wahren und zu mehren. Die Macht ist eine Frucht, welche einem großen Staat auf dem starken Stamm des gesicherten Rechts, aus der Blüthe der Freiheit, als das sicherste Zeichen gesunder Entwickelung, von selbst zuwächst; während die Macht, welche auf einem Vollsstamm wuchert, dessen Gefäße nicht mit dem frischen Saft der Freiheit gefüllt sind, diesem Volksstamm das Mark aussaugt und sein Leben vergiftet.

Marienwerder, den 1. August 1867.

Baumann. Burckhardt-Straszewo. Hambrook. Hanno-Brandan. John. C. v. Klinggräff. H. v. Klinggräff-Paleschken. Mühlenbach. Naprowski-Altendorf. Plehn-Krastuden. Störzel-Czierspitz. Wachenhusen-Collosomy.

Lokales.

— **Der Verwaltungsbericht des Magistrats pro** 1866, redigirt vom Herrn Oberbürgermeister Körner, ist dieser Tage durch die Presse veröffentlicht.

Die Einleitung lautet: „Die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1866 mit ihren glorreichen Erfolgen, welche auch in unserer Stadt, wie im ganzen Vaterlande, die lebhafteste Theilnahme und den patriotischen Eifer zur möglichsten Hilfe hervorriefen, regten noch das specifische Interesse aus der gemischten Nationalität an, deren Kampf durch Jahrhunderte in unserer deutschen Stadt seit ihrer Gründung den Mittelpunkt für einen großen Landstrich gefunden hatte, und unbeschadet des wesentlich deutschen Charakters der städtischen Bevölkerung doch in wechselnden Ergebnissen sich kundgab. War die preußische Okkupation 1793 auch schon der Ausdruck der nachhaltigen realen Gemeinschaft mit deutscher Verwaltung des Landes, so sah man mit Recht in der Gegenwart den formalen Abschluß mit der Gesammtheit der deutschen Nationalität, und begrüßte ihn um so lebhafter, je schroffer sich die Gegensätze herausstellten, die die polnisch-russische Verwaltung des Nachbarlandes in unmittelbarer Nähe zu Tage förderten. — Ein versöhnlicher Umschwung der Anschauungen in der bisherigen politischen Parteiung war die erste Frucht der Siege unserer Armee; der bevorstehende Wahlkampf zum Reichstage erhielt die nationale Färbung.

Auch für die nächsten materiellen Interessen der Einwohnerschaft war die Schlacht von Königgrätz von nicht geringem Erfolge; der bedenklich geschwächte Kredit in Handel und Verkehr erhielt sofort neues Leben, und stellte sich auf den Standpunkt vor dem Kriege. — Auch für die städtische Verwaltung, welche, finanziell durch bedeutende Schulbauten in Anspruch genommen, beschlossen hatte, solche trotz der Schwierigkeit der Fondsbeschaffung ununterbrochen fortzusetzen, war der Sieg unserer Truppen von unmittelbarem Werthe; sie wurde ohne Störung fortgeführt, und bietet überhaupt keine wesentliche Veränderung; im Ganzen und Allgemeinen ist ein Fortschritt der materiellen Interessen nicht ersichtlich."

(Fortsetzung folgt.)

— **Zur Reichstagswahl.** In Danzig hatte im 9. d. Abends im großen Schützenhaussaale eine Wählerversammlung statt, welche von den Mitgliedern beider liberalen Fraktionen sehr zahlreich besucht war. Unser Mitbürger, Herr Kreisrichter Lesse, präsentirte sich der Vers. und legte in einer längeren Rede dar: sowol seine Ansicht über die Mängel und über die Vorzüge der Verfassung des norddeutschen Bundes, als auch über die Aufgaben, deren Lösung der Reichstag durchzuführen hat. Die Rede wurde mehrmals durch den lebhaftesten und anhaltenden Beifall der Zuhörer unterbrochen. Die Vers. einigte sich dahin, daß je 4 Mitglieder aus jeder der beiden liberalen Fraktionen (national-liberalen und Fortschritts-Partei) ein Central Comité für die Wahl des Herrn Lesse bilden sollen.

— **Zum Reformverein für die Provinz Preußen.** Die Gründung dieses Vereins wird erfreulicher Weise seitens der Preßorgane der liberalen Fraktionen Anerkennung und Zustimmung gezollt. So schreibt die „Neue Stettiner Zeitung", ein Organ der Fortschrittspartei, über den Verein folgendes höchst beherzigenswerthes Wort:

„Wem, wie uns, aufrichtig an einem Zusammengehen der liberalen Parteien gelegen ist, und wer, wie wir, nur von solchem Zusammengehen die nothwendigen und unerläßlichen Fortschritte für die freiheitliche Entwickelung und Ausbildung unseres Staatswesens erwartet, der wird mit uns einem Vorgehen der Danziger Liberalen seinen vollen Beifall nicht versagen, das durchaus geeignet ist, alle liberalen Elemente im Staate zu förderlicher politischer Arbeit zu vereinigen. . . . Das ist unseres Erachtens der richtige Weg nicht nur, um über die politischen Differenzen, welche die liberale Partei jetzt spalten, hinwegzukommen, sondern um der Freiheit auch die wirksamsten und ersprießlichsten Dienste zu leisten. Wir sind immer der Meinung gewesen, daß, wenn man nur den einzelnen politischen Fragen praktisch zu Leibe gehen würde, man sich auch in den letzten Zielen, bei deren theoretischer Erörterung man so leicht auseinandergeht, wieder zusammenfinden würde. Und dazu haben die Danziger Liberalen einen guten Anfang gemacht. Sie machen sich an die Lösung bestimmter brennender Fragen, welche der ganzen liberalen Partei gemeinsam sind, und sie haben gerade diejenigen mit gutem politischen Takte herausgegriffen, auf deren Lösung es vor Allem ankommt. Einem solchen Vorgehen kann und muß sich jeder Liberale ohne Unterschied seiner besonderen Parteifarbe anschließen, wenn es ihm überhaupt ernstlich um die Sache der Freiheit und nicht vielmehr um Wort- und Parteistreit zu thun ist. Wir empfehlen deshalb das Danziger Vorgehen dringend zur Nachahmung. . . . Bildung des Volkes durch Förderung des Volksunterrichts und durch die unmittelbare Betheiligung desselben an der Verwaltnng seiner eigenen Angelegenheiten in Gemeinden, Kreisen und Provinzen, das ist es, was uns vor Allem Noth thut. Der Zusammenhang, in welchem das öffentliche Wohl mit dem privaten Wohle aller Einzelnen im Staate steht, jene unauflösliche Wechselwirkung zwischen den öffentlichen und den privaten Angelegenheiten der Bürger, welche denselben die Betheiligung am Staate und am öffentlichen Leben zur Förderung ihrer Privatwohlfahrt zur unerläßlichen Pflicht macht, dieser Nexus ist viel zu wenig erkannt, um unsere Staatsleitung in liberalen Bahnen festzuhalten. Viele Bürger sehen wirklich noch nicht ein, daß die öffentlichen Angelegenheiten im höchsten Maße ihre eigenen sind. Daher die Apathie, mit der zahlreiche Kreise sich noch immer von allen öffentlichen Angelegenheiten fern halten. Wie sehr sie damit nur ihr eigenes Wohl vernachläßigen, das läßt sich ihnen aber theoretisch nur unvollkommen klar machen; das können und werden sie nur lernen in der praktischen Betheiligung an den ihnen zunächst liegenden Angelegenheiten in Gemeinde, Kreis und Provinz. Hier müssen sie nicht nur handgreiflich der Vortheile des Selbstregiments inne werden, nur in der Uebung desselben kann sich auch der Bürgerstolz ausbilden, der, weil er im Staate seine eigenen Angelegenheiten erkennt, es nicht mehr erträgt, daß über ihn hinweg und gegen seine eigene bessere Einsicht regiert wird. Deshalb ist das Selbstregiment der Kommunen die Seele aller Freiheit im Staate. So lange dieses nicht aufgerichtet ist, wird der staatlichen Freiheit immer die sichere unerschütterliche Grundlage fehlen. . . . Der Danziger Reformverein geht deshalb der Wurzel aller beklagenswerthen Erscheinungen dieser Tage zu Leibe, wenn er die Förderung des kommunalen Selbstregiments und des Volksunterrichts in seinem Kreise sich will angelegen sein lassen. In gleicher Richtung sollte überall vorgegangen werden. In dieser Weise wollen wir auch die Thätigkeit des Wahlvereins der Fortschrittspartei verstanden wissen. Nur als Wahlverein organisirt, wird er es zu dauerndem Leben und wirklich nachhaltiger Wirksamkeit nicht bringen können. Er muß sich positiv politischer Arbeit auf praktischem Felde zuwenden."

— **Der Polizeibehörde** ist in Anerkennung ihres Eifers und ihrer Umsicht, welche dieselbe bezüglich des bei der Landschaftskasse zu Bromberg von dem Boten dieser Behörde verübten Diebstahls im Betrage von 75,000 Thlr. bekundet hat, eine Prämie von 300 Thlr. von der Direktion der Westpreußischen Landschaft zuerkannt, um deren angemessene Vertheilung an die betreffenden Beamten der Herr Chef besagter Behörde ersucht worden ist

— **Impfung gegen die Cholera.** Neulich theilten wir mit, daß der Magistrat unserer Nachbarstadt Bromberg den dortigen Bewohnern ein Impfungsmittel gegen die Cholera zur Benutzung empfohlen hat. Von befreundeter Seite wird uns hierüber geschrieben, daß der Kreis-Physikus, Sanitätsrath Herr Dr. Junker den Magistrat zu der besagten Empfehlung veranlaßt hat, und die Impfung von den Bromberger Aerzten gratis ausgeführt wird. Das Impfungs- oder Schutzmittel ist übrigens nicht neu, es ist von England aus empfohlen und auch von deutschen Aerzten, so z. B. von Dr. Brand zu Stettin im vorigen Jahre, wie wir dies damals (Nr. 130 u. Bl. vom 21. August 1866) mitgetheilt haben, mit günstigem Erfolg angewandt worden. Von 600 Personen, welche der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt waren und der Genannte geimpft hatte, ist keine, obschon manche von ihnen an Diarrhoe, Erbrechen und Brechdurchfall erkrankten, gestorben. Die Impfflüssigkeit ist zusammengesetzt aus 1 Unze konzentrirter Quasin-Tinktur, ½ Drachme pulverisirten Nelken und 15 Gran Eisenvitriol, lauter Stoffe, die dem Körper in keiner Weise nachtheilig sein können. Die Impfung selbst ist vollständig schmerz- und gefahrlos und kann von Jedermann gemacht werden. Mit einer Lanzette, einem Federmesser, oder auch nur einer Nähnadel wird die Oberhaut der innern Seite des Vorderarmes in der Länge eines Zolles zwei bis dreimal leicht eingeritzt, so daß kaum ein Tropfen Bluts heraustritt, in die leichten Wunden werden ein bis zwei Tropfen von der schwarzen Flüssigket getröpfelt und eintrocknen gelassen. Bei einem etwaigen epidemischen Auftreten besagter Krankheit muß die Impfung alle acht Tage wiederholt werden. Wenn auch die unbedingte Wirksamkeit dieses Schutzmittels vom Standpunkte der Wissenschaft noch nicht erwiesen ist, so hat sich dasselbe doch, wie schon angedeutet, in der Praxis an vielen Orten im v. J. bewährt. Jedenfalls wird man indeß sehr wohl thun, neben besagtem Schutzmittel die Vorschriften, als z. B. hinsichtlich der Diät, der Reinlichkeit rc., welche die Heilkunde gegen jene Krankheit als bewährt anempfiehlt, nicht außer Acht zu lassen.

— **Theater.** Der bekannte Tragöde Ira Aldrigde welcher hier beim Direktor Mittelhausen im Januar 1854 als „Othello", „Shylock" rc. gastirte, ist nach einer telegraphischen Mittheilung auf der Durchreise nach Petersburg am 7. d. zu Lodz in Polen gestorben.

— † † **Literarisches.** Von unserem Mitbürger, dem Oberlehrer der hiesigen höheren Töchterschule, Herrn Dr. Martin Schultze, war 1863 zu Elbing in der Neumann-Hartmann'schen Buchhandlung ein Handbuch der persischen Sprache „zur Erleichterung und allgemeineren Verbreitung des Studiums der persischen Sprache, mit Umgehung des Gebrauchs persische Schriftzeichen" erschienen. Professor Nesselmann zu Königsberg hatte sich veranlaßt gesehen, mit seiner gewöhnlichen philologischen Verbissenheit dieser Arbeit unseres gelehrten Mitbürgers den Vorwurf der Oberflächlichkeit zu machen, obschon seine eigenen Emendationen mindestens nicht stichhaltig waren. Jetzt hat das deutsche und russische Publikum dem verständigen Vorgehen Dr. S.'s, auch für die persische Sprache lateinische Schriftzeichen anzuwenden, seinen unzweideutigsten Beifall ertheilt. Die ganze Auflage ist in 4 Jahren vergriffen. „Zahlen beweisen."

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Zur Ernte in Ostpreußen** vom 6. d. Auf wenige gute Tage ist wieder eine beispiellos schlechte Woche gefolgt und Noth und Jammer gucken heute dem Landmann überall schadenfroh ins Fenster. Der Arbeiter weicht muthlos vom Felde und gesteht sich mit Entsetzen, daß nun Alles aufhöre. Das alte Brod ist verzehrt und der neue Roggen, hart mitgenommen, kann nicht reifen. Im Weizen nimmt der Rost überhand. Das Sommergetreide, spät gesäet, verdaut nicht mehr die Nässe und reift seinem Verderben entgegen Die Kartoffeln haben zumeist noch nicht geblüht, können nicht bearbeitet werden und gewähren inmitten des Wassers, das den besten Acker znm Sumpfe macht, keine Hoffnung für die Zukunft. Das Heu ist vielfach verloren gegangen und was die Brachen betrifft, so ist davon ganz zu schweigen. Es thut Noth, daß die Ueberzeugung von dem Herannahen eines ungewöhnlichen Nothstandes allgemein werde, damit bei Zeiten überall daran gedacht werde, wie sich der Gefahr begegnen ließe.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 11. August. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 6 Fuß — Zoll.

Den 12. August. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 5 Fuß9 Zoll.

Inserate.

Beförderung von Annoncen jeder Art.

Im Interesse des inserirenden Publikums, sowie im Hinblick auf die hohe Bedeutung des Inserats überhaupt, sind die unterzeichneten **Annoncen-Expeditionen** in zeitgemässem Sinne dahin übereingekommen, **Inseraten-Aufträge jeder Art** in die **Zeitungen aller Länder**, nach gemeinschaftlichen, reellen, den Herren Auftraggebern in jeder Beziehung entgegenkommenden und beachtenswerthe Vortheile bietenden Grundsätzen zu vermitteln.

Die Unterzeichneten bringen deshalb **nur die Originalpreise** in Rechnung, sichern ausserdem bei belangreicheren Aufträgen **besonders günstige Bedingungen** zu und **ersparen dem betreffenden Inserenten** durch Uebernahme aller Correspondenzen, Portokosten etc. Erhebliches an Zeit und Geld.

Ausführliche Verzeichnisse der Zeitungen aller Welttheile werden **gratis und franco** versandt, sowie **Kostenvoranschläge** bereitwilligst zur Verfügung gestellt.

G. L. Daube & Co. in Frankfurt a. M. & Hamburg,
H. Engler in Leipzig. **Eugen Eort** in Leipzig.
A. Retemeyer in Berlin, **Alois Oppelik** in Wien.
E. Schlotte in Bremen.

Das Vacancen-Anzeige-Blatt

enthält hunderte von wirklich offenen Stellen für Kaufleute, Landwirthe, Forstbeamte, Lehrer, Gouvernanten, Techniker, Handwerker etc., Beamten aller Branchen und Chargen, welche ohne Commissionaire zu vergeben sind. Die Namen der Principale und Behörden sind stets angegeben um sich direct bewerben zu können. **Für jede mitgetheilte Stelle leistet die Direction Garantie.** Das Abonnement beträgt für 5 Nummern 1 Thlr. und für 13 Nummern 2 Thlr., wofür das Blatt an jede aufgegebene Adresse alle Dienstage franco gesandt wird.

Principale haben die Ankündigung offener Stellen gratis.

Bestellungen bitten wir an **Paul Callam's Zeitungs-Comtoir, Berlin Niederwallstrasse 15,** zu richten.

Zu haben bei **Ernst Lambeck** in Thorn:
Wieder neu gedruckt und wieder vorräthig ist die vergriffene Auflage des wohlfeil in Lieferungen erscheinenden Werkes:

1 Sgr. wöchentlich — **MARIA STUART.** — **4 Sgr. jedes Heft.**

1 Sgr. wöchentlich. **Prospect.** **4 Sgr. jedes Heft.**

Im **glänzenden** Gewande einer **fesselnden** Erzählung schildert **Ernst Pitawall** das **herrlichste** Weib wie es **gelebt** und **geliebt**, wie es gelitten im Kerker, wie ihr **schönes Haupt**, getrennt vom Rumpfe durch das Schwert des Henkers, herniederrollt vom Blutgerüst. — 3 Prämien empfängt jeder Abonnent des Werkes „Maria Stuart", nämlich: 1) **Maria Stuart bei der Nachttoilette überrascht.** 2) **Maria Stuart's glänzende Vermählungsfeier.** 3) **Maria Stuart's letzte Augenblicke.**

Dies interessante und spannende Werk ist in allen Buchhandlungen zu haben, insbesondere bei **Ernst Lambeck** in Thorn.

In der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** sind folgende Reisehandbücher und Karten stets vorräthig:

Bädeker's Paris eleg. gebd. 1 Thaler 18 Sgr. — Illustr. Pariser Führer eleg. gbd. 1 Thlr. — Führer für die Pariser Welt=Ausstellung 1867 12 Sgr. — Aus Grieben's Reise=Bibliothek: Paris 25 Sgr. — Warmbrunn 10 Sgr. — Berlin 15 Sgr. — Das Riesengebirge 15 Sgr. — Die Sächsische Schweiz 7½ Sgr. — Drei Tage im Harz 5 Sgr. — Reinerz und Cudowa 15 Sgr. — Die Böhmischen Kurorte 20 Sgr. — Bad Ems 15 Sgr. — Die Schlesischen Kurorte 15 Sgr. — Dresden 15 Sgr. — Bocke, Neuer Führer durch Thüringen 12½ Sgr — Müller, das Riesengebirge 15 Sgr. — Straß, Salzburg, Ischl u. Gastein 15 Sgr. — Bädeker's Schweiz eleg. gebd. 1 Thlr. 22 Sgr. — Illustr. Alpenführer eleg. gebd. 1 Thlr. 10 Sgr. — Illustr. Londonführer eleg. gebd. 1 Thlr. 10 Sgr. — Bädeker's Conservationsbuch für Reisende eleg. gebd. 1 Thlr. — Franz, Post=Karte von Central=Europa 15 Sgr. — Dieselbe auf Leinwand gezogen 1 Thlr. — Müller, Karte der Eisenbahnen Mittel=Europa's 18 Sgr — König, Post= und Eisenbahnkarte von Mittel=Europa 18 Sgr. — Kunsch, Reisekarte von Deutschland 10 Sgr. — Handtke, Generalkarte vom Preuß. Staat 10 Sgr. — Handtke, Reisekarte von Deutschland auf Leinwand gez. 2 Thlr. — Engelhardt, Spezialkarte der Provinz Westpreußen 3 Thlr. — Engelhardt, Karte der Provinz Preußen auf Leinwand gez. 1 Thlr. — Handtke, Karte der Provinz Westpreußen auf Leinwand gez. 22½ Sgr. — Handtke, Karte der Provinz Ostpreußen auf Leinwand gez. 22½ Sgr. — Hardtke, Karte der Provinz Posen auf Leinwand gez. 22½ Sgr. — Handtke, Karte von Polen 10 Sgr. — Heck's, Neuester Plan von London 15 Sgr.

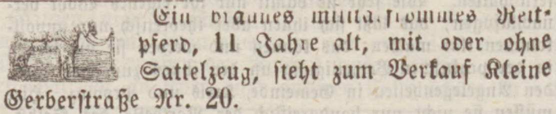
Ein 9füß. Billard mit Löchern ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Trockene eichene und ellerne Bohlen verkauft
Wm. Witt in Gurske.

Von heute ab täglich Mittags frische wohlschmeckende

Kaffee=Kuchen

empfiehlt
Volkmann,
Brückenstr. Nr. 9



Ein braunes militairfrommes Reitpferd, 11 Jahre alt, mit oder ohne Sattelzeug, steht zum Verkauf Kleine Gerberstraße Nr. 20.

Harzer Tafelkäschen, Sardellen, Sardinen à l'huil, russ. Sardinen, bei
F. Raciniewski,
Neustädter Markt.

Engl. Matjes Heeringe, feinsten Wein= u. Naturel=Mostrich s. w. Dampf=Caffees in versch. Sorten empfiehlt
F. Raciniewski,
Neustädter Markt.

In der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** ist vorräthig:

Praktisches
Thorner Kochbuch
für
bürgerliche Haushaltungen.

Zuverlässige Anweisung
zur
billigen und schmackhaften Zubereitung aller in jeder Hauswirthschaft vorkommenden Speisen, als: Suppen, Gemüse, Braten, Getränke, einzumachende Früchte, Bäckereien 2c.,
von
Caroline Schmidt,
praktische Köchin.
Preis 10 Sgr. cart.

Den Herren Besitzern

empfehle: **Kalidünger, Kalisalz, Gyps** und andere Düngemittel.
Carl Spiller.

Die Tonne **Oberschlesischen Kalk** ab Lager offerirt mit 26½ Sgr.
Carl Spiller.



Am Sonntag, d. 11. d. Mts. Nachmittags ist auf dem Wege von Thorn längs des Bromberger Vorstadt nach Barbarken, ein goldenes Medaillon (ohne Bild) verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten dasselbe abzugeben in der Exped. d Bl. abzugeben.

Per **Auction** sollen Mittwoch, d. **14.** d. M. Vorm. **9** Uhr Tuchmacherstr. **172** umzugshalber Möbel, Betten u. Küchengeräthe verkauft werden.

Auction.

Am **Mittwoch, den 14. August** von 2 Uhr und den folgenden Tagen von 4 Uhr Nachmittag ab, findet die Auction der Bibliothek des verstorbenen Pfarrers Dr. **Güte** in seiner früheren Wohnung statt.

Verein junger Kaufleute.

Heute Abend präcise 8½ Uhr Versammlung im **Schützenhause.**
Der Vorstand.

Gutes Wagenfett

in jeder Packung offerirt
Carl Spiller.

In der **Lambeck**'schen Musikalienhandlung (Altstädt. Markt Nr. 289) sind in neuen Auflagen, elegant gebundene Exemplare vorräthig:

Beethovens 11 Ouvertüren	2ms.	2 Thlr.
do	4ms.	3 Thlr.
„ sämmtl. Sonaten	4 Bde.	6 Thlr. 20 Sgr.
Chopin, 8 Walzer		1 Thlr.
Classische und moderne Pfte. Musik von J. Bach bis jetzt		2 Thlr.
Haydn, Trios für Piano, Violine u. Violoncelle 2 Bde. à		6 Thlr.
Mozart's Sonaten für Piano u. Violine		5 Thlr. 15 Sgr.
„ „ Piano u. Violoncello		5 Thlr. 15 Sgr.

Alle Sorten **Petroleum=Lampen** bis zu den feinsten, in jeder Gattung empfing und empfiehlt
Carl Kleemann, Breitestraße 88.
Reparaturen werden gut ausgeführt.

Lampen, Glocken, Cylinder u. Dochte zu jeder Lampe passend empfiehlt
Carl Kleemann.

Das **Obst** im Baumgarten ist zu verpachten, auch ist eine kleine Wohnung an einen Gärtner v. 1. Oktober cr. zu vermiethen. Mocker Nr. 22.
Rohdies.

Messing=Bau=Beschläge zu Fenster und Thüren, Plätteisen, Mörser, Krähne, Leuchter, Kaffee=Maschienen, Berzelius, Kessel, Taboulette, sowie sämmtliche **Haus= und Küchengeräthschaften** in Kupfer, Messing, Weißblech und lakirten Waaren empfiehlt billigst **Carl Kleemann.**

Petroleum

feinster Qualität genannt (**Salon=Petroleum**) empfiehlt billigst **Carl Kleemann.**

Zwei Familien=Wohnungen habe ich vom 1. Oktober cr. in meinem Hause zu vermiethen.
Adolph Raatz.

Ein Laden nebst Wohnung zu vermiethen. Auch bin ich Willens, mein Haus Neust. Elisabethstr. Nr. 263 zu verkaufen.
Ernst Kostro.

1 freundl. Familienwohnung zu verm. Auskunft ertheilt **Jacob Heymann.**

Die bisher vom Hrn. Prem.=Lieut. **Melcher** bewohnte Bell=Etage ist vom 1. Oktober zu beziehen Bäckerstraße Nr. 250/51.

Ein freundlich möblirtes Zimmer mit Beköstigung ist zu haben Gerechtestraße Nro. 115/116.

Wohnungen sind zu vermiethen Kleine Mocker
C. Schäfer.

Brückenstraße Nr. 17 ist vom 1. Oktober ab die Wohnung nebst Comptoir, welche jetzt Herr Kaufmann **C. Bock** inne hat, zu vermiethen.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** (in Vertretung **Carl Marquart.**) — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**